

„Britisch oder muslimisch?“

Die Integrationsdebatte in Großbritannien

Von **Sebastian Berg**

Großbritannien gilt im europäischen Vergleich als ein Land, dessen Gesellschaft es recht gut gelungen ist, sich „multikulturell“ neu zu erfinden. Dieser Eindruck bestätigte sich, als die befürchteten rassistischen Reaktionen auf die Bombenattentate in der Londoner U-Bahn zwar nicht ausblieben, jedoch keine landesweite „Abrechnung“ mit der muslimischen Bevölkerung nach sich zogen. Allerdings gelten die Musliminnen und Muslime als die Stiefkinder des britischen Multikulturalismus: Ihre ökonomische Lage ist prekärer als die anderer Minderheitengruppen, ihr „Integrationswille“ wird in Zweifel gezogen, internationale Konflikte, insbesondere die uneingeschränkte Unterstützung der Blair-Regierung für die USA im „Krieg gegen den Terror“, hinterlassen Spuren im Verhältnis von muslimischer und nicht-muslimischer Bevölkerung.

Britisch-muslimische Intellektuelle hatten, so der Publizist Ziauddin Sardar, schon bei Öffnung der Berliner Mauer geahnt, dass die islamische Welt nach Ende des Kalten Krieges zum neuen „Reich des Bösen“ werden würde, und muslimische Rückzugsreaktionen in eine vermeintlich bessere Vergangenheit – mit altmodischen Interpretationen der Scharia und einer Renaissance konservativer Moralvorstellungen – befürchtet.¹ 16 Jahre später scheinen sich diese Prophezeiungen in Großbritannien zumindest teilweise erfüllt zu haben. Angst vor weiteren Anschlägen, diskursive Polarisierung und New Labours Vorliebe für Patriotismus, Kommunitarismus und gesellschaftliche Kohäsion scheinen zu einer langsamen Aushöhlung des Multikulturalismus zu führen.

Die große Verbreitung von „Islamophobie“, das heißt der pauschalen Ablehnung all dessen, was tatsächlich oder angeblich „islamische Kultur“ ausmacht, hat der Runnymede Trust für Großbritannien in zwei Studien nachdrücklich belegt.² Die Existenz von etwas, was in Umkehrung dessen „Westophobie“ genannt wird, steht nach den Anschlägen auf die Londoner U-Bahn im Juli 2005 ebenfalls außer Frage. Darüber hinaus sind die letzten anderthalb Jahrzehnte von kriegesischen Konflikten geprägt, in denen westliche, nicht-muslimische Soldaten immer wieder muslimische Zivilisten töteten. Daneben gibt es weitere Konflikte, bei denen der Westen im Allgemeinen und Großbri-

1 Vgl. Ziauddin Sardar, *Desperately Seeking Paradise. Journeys of a Sceptical Muslim*, London 2004, S. 310.

2 Runnymede Trust, *Islamophobia. A Challenge for Us All*, London 1997; sowie Runnymede Trust, *Islamophobia. Issues, Challenges and Action*, London 2004.

tannien im Besonderen beschuldigt werden, mit anti-islamischen Kräften zu paktieren – vor allem im Israel-Palästina-Konflikt. Schließlich waren die letzten 16 Jahre auch von etlichen Auseinandersetzungen in Großbritannien selbst überschattet, zuletzt von den Anschlägen im Juli 2005.

Es kann nicht wirklich überraschen, dass sich in diesem Kontext auch die Vorstellungen von Multikulturalismus in Großbritannien gewandelt haben. Die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft war nie ein unumstrittenes Ziel britischer Politik, dennoch wurde sie, in einer „gemäßigten“ Version,³ von einer überwiegenden Mehrheit derjenigen unterstützt, die als „Mitte-links“ bezeichnet werden, das heißt den meisten New-Labour-Politikern, liberalen Akademikern und jenen Fachleuten, die in den Anti-Diskriminierungsbehörden tätig sind. Die Überzeugung, dass ein friedliches Zusammenleben trotz unterschiedlicher Wertvorstellungen möglich ist, wird jedoch zunehmend in Frage gestellt – und zwar auch von Persönlichkeiten wie dem früheren Labour-Innenminister David Blunkett und dem Vorsitzenden der für ethnische Minderheiten zuständigen Gleichstellungsbehörde, der *Commission for Racial Equality*, Trevor Phillips. Im Jahr 2004 bezeichnete Phillips den Multikulturalismus als eine „überholte Idee“ und erklärte: „Es gibt einige gemeinsame Werte – Demokratie statt Gewalt, die gemeinsame Basis der englischen Sprache und die Hochachtung vor der Kultur dieses Landes, vor Shakespeare und Dickens.“⁴

Das neue Beharren auf der Notwendigkeit, britische Werte zu akzeptieren, versteht sich selbst als Reaktion darauf, dass britische Muslime es angeblich versäumt haben, sich in die britische Gesellschaft zu integrieren. Dieses Versäumnis, so lautet das Argument, bedeute eine Gefährdung für den Zusammenhalt und inneren Frieden der Gesellschaft. Auch die muslimische Bevölkerung diskutiert, trotz der Tatsache, dass sie zum überwiegenden Teil aus britischen Staatsbürgerinnen und -bürgern besteht, ob es für sie eine Zukunft als britische Muslime gibt oder nur eine als Muslime in Großbritannien – eine feine Unterscheidung mit weit reichenden Konsequenzen für ihr Selbstverständnis, ihre politischen Handlungsstrategien und ihre Bemühungen um die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder.

Im Weiteren versuche ich zu zeigen, dass die Transformation des „Kriegs gegen den Terror“ in einen Krieg gegen Territorialstaaten, die Debatten um Kämpfe zwischen den Kulturen und die Zweifel an der Loyalität britischer Muslime gegenüber dem britischen Staat massiv dazu beigetragen haben, dass der Multikulturalismus als zunehmend diskreditiert gilt und das Konzept der Assimilation eine politische Renaissance erfährt.

Direkt nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hatten Politiker zunächst sehr bewusst zwischen Muslimen und Terroristen unterschieden.

3 Gemäßigter Multikulturalismus „konstruiert eine Gesellschaft als Zusammensetzung aus einer hegemonialen homogenen Mehrheit und nicht auflösbaren Minderheiten mit ihren eigenen essenziell anderen Communities und Kulturen. Diese sollten verstanden, akzeptiert und im Wesentlichen in Ruhe gelassen werden – da ihre Unterschiede mit der hegemonialen Kultur kompatibel sind –, um harmonische gesellschaftliche Beziehungen zu gewährleisten.“ – Floya Anthias, Nira Yuval-Davis and Harriet Cain, *Racialized Boundaries. 'Race', Gender, Colour, and Class and the Anti-Racist Struggle*, London 1992, S. 158.

4 Zit. n. „Daily Mail“, 5.4.2004.

Noch im gleichen Monat hatte Außenminister Jack Straw erklärt: „Den Islam für das verantwortlich zu machen, was passiert ist, wäre ebenso falsch, wie die christliche Religion für die sektiererische Gewalt in Nordirland verantwortlich zu machen.“ Und Tony Blair fügte hinzu: „Was sich in Amerika ereignet hat, war nicht das Werk islamischer Terroristen. Es war nicht das Werk muslimischer Terroristen. Es war schlicht und einfach das Werk von Terroristen.“⁵

Britische Muslime: Feinde im Innern?

Der Ton änderte sich jedoch bald. Vor allem war die Regierung verärgert, dass auch der moderate *Muslim Council of Britain*, dessen Gründung die Labour-Regierung massiv vorangetrieben hatte, den Krieg in Afghanistan nur mit großen Vorbehalten unterstützte. Selbst für diese halbherzige Unterstützung wurde der Rat von Seiten der muslimischen Bevölkerung heftig kritisiert; er erklärte später seine grundsätzliche Opposition gegenüber dem Irakkrieg. Diese Skepsis auf Seiten derer, die die Regierung als den muslimischen Mainstream ansah, und Enthüllungen, dass auch britische Bürger an globalen Terrornetzwerken beteiligt waren, führten zu Appellen an die britischen Muslime, aktiv zu werden – aktiv für eine effektive Terrorismusbekämpfung und für ihre Integration in die Gesellschaft. Im Mai 2002 erklärte zum Beispiel der Europa-Minister, Peter Hain: „Wir begrüßen die Beiträge, die die muslimischen Gemeinden für die britische Kultur geleistet haben, natürlich sehr. Sie bereichern unsere Kultur, sie sind hier willkommen. Aber es gibt bei einer Minderheit eine Tendenz zur Selbstisolation. Das macht sie sowohl empfänglich für Ausbeutung durch Extremisten und Fanatiker vom Schlage Osama Bin Ladens, als auch zu Zielen für Rassisten und Nazis. Hier müssen wir zusammenarbeiten, um das Problem zu lösen.“⁶

In dieser von großen Teilen der Presse begrüßten Botschaft war noch von einer „Minderheit“ sowie von der Notwendigkeit gemeinsamer Initiativen die Rede. Zwei Jahre später hatte sich der Ton verschärft, wie das folgende Statement von Trevor Phillips, dem bereits erwähnten Vorsitzenden der *Commission for Racial Equality*, zeigt: „Muslimische Beteuerungen, dass ihre Religion die Verbrechen verbietet, die in ihrem Namen verübt werden, dass sie Vielfalt unterstützt und die Gleichberechtigung der Frauen zu ihren zentralen Werten gehört, können wir nur dann ernst nehmen, wenn wir sie in unseren Gemeinden umgesetzt sehen.“⁷ Diese Aussage offenbart ernste Zweifel an der Gesinnung aller britischer Muslime und ist symptomatisch für die zunehmende Entfremdung zwischen ihnen und der „linken Mitte“ im Land.

Der Wahlkampf des Jahres 2005 brachte diesen Polarisierungsprozess offenbar zu einem vorübergehenden Stillstand. Kurz vor der Wahl suchte beispielsweise der Schatzkanzler Gordon Brown nach Gemeinsamkeiten zwischen „muslimischen Werten“ und dem politischen Projekt der Labour-Regie-

5 Zit. n. „Daily Express“, 20.9.2001, sowie „The Sun“, 28.9.2001.

6 Zit. n. „Daily Mail“, 13.5.2002.

7 Zit. n. „Daily Mail“, 16.11.2004.

rung. Er unterstrich ihre wichtigen Beiträge zum Wirtschaftsleben, aber auch die große Bedeutung von Idealen wie Fair Play, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit.⁸ In Bezug auf die Wahlergebnisse war Browns Intervention allerdings nicht sehr erfolgreich. Und gut zwei Monate nach der Wahl, mit den Anschlägen in London, verschlechterte sich das Klima erneut. Tony Blair ersetzte in seinen Reden den „Krieg gegen den Terrorismus“ durch einen „Krieg gegen den Extremismus“.⁹ Dieser Wechsel in der Terminologie sollte in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden: Während der Begriff „Terrorismus“ ein Verbrechen bezeichnet, ist „Extremismus“ eine Gesinnung, die mutmaßlich zur Vorbereitung und Legitimierung solcher Verbrechen beiträgt. Der „Krieg gegen den Extremismus“ verfolgt also ehrgeizigere und weiter reichende Ziele.

Die Mehrheit der britischen Medien hatte bereits im Zuge der Rushdie-Affäre die Militanz der Muslime verurteilt und in der Zeit des ersten Golfkriegs 1991 deren Loyalität in Frage gestellt. Mitte der 90er Jahre wurde London als „intellektuelles Zentrum des Nahen und Mittleren Ostens“ bezeichnet.¹⁰ Damit fand ein Bedeutungswechsel seinen Abschluss, in dessen Verlauf ehemals „antikommunistische Freiheitskämpfer“ zu „Fanatikern mit Flüchtlingsstatus“ und „verrückten Mullahs“ mutierten.

Nach den Terroranschlägen von 2001 gaben auch liberale Zeitungen „Spezialisten“ vom Schlage David Colemans, einem Mitarbeiter von *Migrationwatch UK*, die Gelegenheit, die generelle Nichtassimilierbarkeit von Muslimen zu behaupten und eine Einwanderungspolitik zu fordern, die sie explizit ausschließt. Und liberale Journalisten, wie Polly Toynbee vom „Guardian“, klagten über die zunehmende Unmöglichkeit, den Islam zu kritisieren, ohne als „islamophob“ oder „Muslimhasserin“ zu gelten.¹¹ Dass jedoch auch seriöse Medien weder besonders sorgfältig noch immer in der Lage waren, zwischen Terroristen und Muslimen zu unterscheiden, zeigt exemplarisch die folgende Anekdote, die Shagufta Yaqub, eine Herausgeberin der britisch-muslimischen Monatszeitschrift „Q-News“, kurz nach dem 11. September erzählte: „BBC 5 wollte mich zu einer Sendung einladen, damit ich erkläre, was Osama bin Laden durch den Kopf geht. Wie, um alles in der Welt, sollte ich das wissen? Ich schlug ihnen vor, einen Psychiater zu fragen.“¹²

Feindbild Multikulturalismus

Nicht nur im Diskurs über Muslime sind schärfere Töne zu bemerken, sondern auch in den Äußerungen zum Multikulturalismus. Eine neue Wertschätzung für das Konzept der Assimilation geht einher mit dem Revival einer undiffe-

8 Vgl. „Daily Telegraph“, 29.3.2005.

9 Vgl. „Muslim News“, 8/2005.

10 „Guardian“, 7.9.1996; vgl. John Solomos und Les Back, *Race, Politics and Social Change*, London 1995.

11 Vgl. John Rex, *An Afterword on the Situation of British Muslims in a World Context*, in: Tahir Abbas (Hg.), *Muslim Britain. Communities under Pressure*, London 2005, S. 235-243, hier S. 242; Polly Toynbee, *We Must Be Free to Criticise Without Being Called Racist*, in: „The Guardian“, 18.8.2004.

12 Zit. n. „The Guardian“, 24.9.2001.

renzierten Kritik am Multikulturalismus, wie sie vor allem aus der Thatcher-Ära bekannt ist. Während seiner Amtszeit als Innenminister (2001-2004) wurde David Blunkett zum deutlichsten Kritiker aus den Reihen der Regierung. Seine Interventionen thematisierten die Erfahrungen des 11. September, aber auch die vor allem von muslimischen Jugendlichen ausgehenden Unruhen in den nordenglischen Städten Oldham, Burnley und Bradford im Frühsommer 2001. Im Kern argumentierte er, dass Multikulturalismus Tendenzen der Selbstsegregation unterstütze und so Entfremdung, Gewalt und sogar Terror begünstige. Für Blunkett war Multikulturalismus nunmehr gleichbedeutend mit einem „Exzess von kultureller Vielfalt und moralischem Relativismus“. Er forderte: „Wir müssen deutlich machen, dass wir nichts im Namen einer anderen Kultur akzeptieren, was wir nicht für uns selbst akzeptieren würden.“¹³ Er verurteilte „Zwangsheiraten“ (die er offenbar mit arrangierten Heiraten gleichsetzte), verlangte einen Treueeid als Vorbedingung für die Erteilung der britischen Staatsbürgerschaft und rief zu einem „Gefühl von Identität und Zugehörigkeit“ auf. Letzteres sollte auf dem Erlernen der englischen Sprache basieren. Englischkenntnisse waren seiner Meinung nach unabdingbar, um „kultureller Schizophrenie“ vorzubeugen und, so wörtlich, „an der breiten modernen Kultur teilzuhaben“.¹⁴

Einige prominente Profis aus den Institutionen, die in Großbritannien als „race relations industry“ bezeichnet werden, sekundierten Blunkett. Es war mit Trevor Phillips der Leiter der *Commission for Racial Equality* selbst, der versuchte, zentrale britische Werte und Charakteristika zu definieren. Neben seiner Verbeugung vor der britischen Hochkultur („Shakespeare and Dickens“) schlug er eine bunte Mischung vor: Toleranz, Exzentrik, parlamentarische Demokratie, die Energie der Großstädte. Und Raminder Singh, ein früherer stellvertretender Leiter der Gleichstellungsbehörde und Verfasser eines Untersuchungsberichtes zu den Unruhen des Jahres 2001 in Bradford, beklagte die Existenz zweier separater Welten in der Stadt. Er merkte an, dass die massive Sichtbarkeit von Muslimen bei weißen Briten zu einem Gefühl des „Überschwemmt-Werdens“ führen würde.¹⁵

Solche Stimmen waren großen Teilen der Presse willkommen. Die „Daily Mail“ beispielsweise applaudierte Phillips' Äußerungen: „Wie Recht er hat. Wie tragisch, dass offizielle Meinungen so lang gebraucht haben, um die herausragende Bedeutung von Integration, Patriotismus und Stolz für diese große Nation zur Kenntnis zu nehmen.“ Die Konkurrenzpublikation „The Sun“ wärmte den eigenen Anti-Multikulturalismus der 80er Jahre wieder auf, versah ihn aber mit einer neuen anti-muslimischen Argumentationsrichtung: „Multikulturalismus bedeutet, Diwali zu feiern, aber Weihnachten zu verbannen, eine nach Saddam Hussein benannte Moschee in unserer zweitgrößten Stadt zu tolerieren, aber den Union Jack mit dem Argument zu verbieten, er

13 Zit. n. Tahir Abbas und Parveen Akhtar, *The New Sociology of British Ethnic and Cultural Relations. The Experience of British South Asian Muslims in the Post-September 11 Climate*, in: Holger Henke (Hg.), *Crossing Over. Comparing Recent Migration in the United States and in Europe*, Lanham 2005, S. 130-146, hier S. 134, sowie nach „Daily Express“, 10.12.2001.

14 Zit. n. „Daily Mail“, 17.9.2002.

15 „Daily Telegraph“, 2.11.2001.

sei ‚beleidigend‘ gegenüber den Minderheiten. Er bedeutet Redefreiheit für verrückte Mullahs, die in Regent's Park unsere Fahne verbrennen und Großbritannien, den USA und den Juden den Tod wünschen, aber ‚keine Plattform für Rassisten‘ für die, die zu widersprechen wagen. Er bedeutet das Verbot der BBC, in Rundfunkkonzerten ‚Land of Hope and Glory‘ und ‚Rule Britannia‘ zu spielen und einen Erlass des World Service Fernsehsenders, demzufolge es ‚unangemessen‘ für Moderatoren sei, Poppies [Ansteckblumen, die das Andenken an getötete britische Soldaten symbolisieren, S.B.] zu tragen. Multikulturalismus bedeutet, alle Kulturen und Traditionen zu zelebrieren, nur nicht die der Mehrheit; African Studies zu unterrichten, aber britische Geschichte in der Schule zu ignorieren; die Leistungen unserer Vorfahren zu diskreditieren und unseren Kindern Scham über die Vergangenheit ihres Landes einzutrichtern.“¹⁶

Eine solche Tirade ist von Seiten der „Sun“ kaum überraschend. Aber Skepsis und Angst finden sich auch bei anspruchsvolleren Zeitungen. Hier lassen sich direkte Verbindungen zwischen der Erfahrung des „Krieges gegen den Terror“ und der Furcht vor Vergeltung feststellen. So schrieb Nicholas Frazer, ein Spezialist für die europäische Neue Rechte, im „Financial Times Magazine“: „Wie viel Differenz können wir akzeptieren, wenn 13 Prozent der britischen Muslime erklären, dass sie mit den Zielen von Al Qaida übereinstimmen? [...] Shakespeare, Dickens und Staatsbürgerkunde sollte man unter keinen Umständen gering schätzen, aber sie allein helfen womöglich nicht viel. [...] Wie bewahren wir Großbritannien als den Ort gemischter Loyalitäten, der er geworden ist? Wie schützen wir uns selbst? Können wir uns auch nur im Ansatz vorstellen, wo wir sein werden, wenn irgendjemand einen Koffer mit einer Bombe ins Stadtzentrum Londons schmuggelt?“¹⁷

Nur einen Tag, nachdem dann tatsächlich Bomben in London detonierten, griff der „Daily Express“ die Frage der Werte und Loyalitäten wieder auf: „Wir stehen nun möglicherweise am Beginn einer Ära, in der die schwer zu provozierenden Menschen in Großbritannien die traditionellen Säulen ihrer Gesellschaft militanter verteidigen werden als bisher. Sie werden weniger bereit sein, diejenigen zu akzeptieren, die sich diesen Werten verweigern [...]. Wie lässt sich von einigen ethnischen Minderheitengruppen – bei gleichzeitiger Versicherung, dass sie geschätzt und respektiert werden – mehr verlangen?“

„Sind Sie britisch oder sind Sie muslimisch?“

Die letzten Zitate offenbaren Angst. Sie ist nach den Anschlägen vom Juli 2005 verständlich genug. Angst hat sich allerdings in den letzten Jahren auch innerhalb der muslimischen Bevölkerung verbreitet. Sie gründet auf dem Eindruck, dass an die Muslime immer mehr Forderungen gestellt, sie jedoch immer weniger geschätzt und akzeptiert werden. Daneben gibt es viel Ärger und Frustration darüber, dass die britische Regierung jede mögliche Verbin-

16 „Daily Mail“, 5.4.2004, sowie „The Sun“, 9.11.2001.

17 „Financial Times Magazine“, 17.4.2004.

dung zwischen ihrer Position in der internationalen Politik und dem zunehmenden Radikalismus in der muslimischen Bevölkerung leugnet.

Die Haltungen, die Muslime einnehmen, um mit ihrer prekären und defensiven Situation umzugehen, sind sehr unterschiedlich. So finden sich muslimische Parlamentarier, die den Irakkrieg unterstützen, Aktivisten, die sich in der *Stop the War Coalition* engagieren, aber auch Gruppen, die meinen, dass sich politische Betätigung auf die Arbeit zur Errichtung eines pan-muslimischen Kalifats beschränken sollte. Die islamistische Organisation Hizb-ut-tahrir zum Beispiel, die ihre Anhängerschaft vor allem in der muslimischen Mittelschicht und unter Studierenden hat, lud 2003 zu einer Konferenz zum Thema „Sind Sie britisch oder sind Sie muslimisch?“. Ihren eigenen Angaben zufolge nahmen daran 6000 bis 7000 Menschen teil.¹⁸ Die überwiegende Mehrheit der britischen Muslime scheint aber von der Notwendigkeit von Integration überzeugt zu sein, ebenso wie von der prinzipiellen Vereinbarkeit „islamischer“ und „britischer“ Werte. Dies war zumindest das Resultat einer Umfrage der *Commission for Racial Equality* aus dem Jahr 2004.¹⁹

Allerdings äußert eine große Mehrheit entschiedene Kritik an Großbritanniens Rolle im „Krieg gegen den Terror“. Diese Haltung findet Unterstützung in den muslimischen Medien. Die Konsequenz dieser Kritik scheint in einer tendenziell abnehmenden „Integrationsneigung“ zu bestehen. Einer „ICM-Guardian“-Untersuchung zufolge nahm die Zahl derer, die meinten, sie sollten mehr für ihre eigene Integration tun, von 41 auf 33 Prozent ab. Im Gegenzug stieg die Zahl derer, die befürchteten, schon zu weit gegangen zu sein, von 17 auf 26 Prozent.²⁰ Mohammed Siddique Seddon, wissenschaftlicher Mitarbeiter der „Islamic Foundation“ in Leicester, vermutet, dass sich viele Muslime subjektiv in einem Dilemma befänden: „Obgleich sie die Entstehung einer zunehmend britischen Identität als Realität erfahren, wird es immer schwieriger, eine Stimme zu finden, mit der sie sich ausdrücken lässt.“²¹ Dieses Problem zeugt vom ungeklärten Verhältnis von Integration und Assimilation – Konzepte, die häufig als Synonyme verwendet werden, für die Betroffenen aber keineswegs deckungsgleich sind. Dazu merkte der junge Herausgeber eines muslimischen Lifestyle-Magazins an: „Integration bedeutet nicht ‚werden zu etwas‘, sondern involviert sein. Und das veränderte Gesicht Großbritanniens bedeutet, dass es viele verschiedene Arten britischer Identität gibt.“²²

„Involviert sein“ schließt für eine erhebliche Zahl britischer Muslime eine Kritik der britischen und der westlichen Außenpolitik ein. Sie beschuldigen westliche Staaten dabei, die von ihnen selbst proklamierten ethischen Standards zu ignorieren, und zählen die vielen Kriege, Staatsstreiche, implantierten Diktaturen und Folterungen auf, an denen westliche Staaten beteiligt

18 Parveen Akhtar, '(Re)turn to Religion' and Radical Islam, in: Tahir Abbas (Hg.), *Muslim Britain. Communities under Pressure*, London 2005, S. 164-76, hier S. 164.

19 Vgl. „Daily Mail“, 13.9.2004.

20 Vgl. „The Guardian“, 16.3.2004.

21 M. S. Seddon, *British Muslims or Muslims in Britain?* In: „Q-News“, 3/2004, S. 31-33, hier S. 33.

Zit. n. „The Guardian“, 30.11.2004.

22 „Muslim News“, 8/2005.

waren. Auch in der „Muslim News“ wird das „komplette Fehlen jeglicher Berücksichtigung britischer Außenpolitik beim Heranzüchten von Extremisten“ kritisiert.²³ Fuad Nahdi, Herausgeber von „Q-News“, betont die Mischung eines Gefühls der Bitterkeit bezüglich des Irakkriegs mit der alltäglichen Erfahrung sozioökonomischer Marginalisierung.²⁴ Nach einer Serie von Konsultationen, die das Innenministerium organisierte, um sich nach den Anschlägen von 2005 mit muslimischen Gemeinden zu beraten (oder, wie einige kritisierten, sie zu instruieren), malten viele Teilnehmer ein düsteres Bild von ihrer Position in der britischen Gesellschaft: „Die Fragen, die nach dem Treffen wiederholt gestellt wurden, lauteten: Macht uns die Art und Weise, in der uns die britische Regierung behandelt, zu den neuen Iren? Macht uns unsere Hautfarbe zu den neuen Schwarzen? Macht uns unsere Religion zu den neuen Juden? Mit einer Gesamtzahl von 1,8 Millionen Muslimen in Großbritannien würde dies soziale Unruhe in einem in dieser Gesellschaft nie gekannten Ausmaß schaffen.“²⁵

Diese Perspektive bedeutet jedoch nicht, dass die muslimische Bevölkerung sich ausschließlich als passives Opfer betrachtet. Insbesondere findet sich eine wachsende Zahl muslimischer „organischer Intellektueller“, die zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der britischen Politik, zur gründlichen Analyse der Lebenssituation von Muslimen im Land, aber auch zur Diskussion der Probleme innerhalb der eigenen Communities aufrufen. Zugleich plädieren sie für eine Neuausrichtung der islamischen Theologie. Diese sollte „unabhängig sein von arabischen oder südasiatischen soziokulturellen Einflüssen und einen Versuch darstellen, die existenziellen Erfahrungen in Großbritannien an den Koran heranzutragen – all das, was typisch britisch und daher wichtig für eine britisch-muslimische Selbstdefinition ist.“²⁶ Allerdings gibt es Bedenken, wie weit die britische Gesellschaft und Politik willens und in der Lage sein werden, solche innovativen Ansätze in Zeiten des Krieges – und der diesen begleitenden herkömmlichen Stereotypisierungen – auch wahrzunehmen. Diese Skepsis spiegelt sich bei Ahdaf Soueif, der die Reaktionen auf die Folterfotos von Abu Ghraib im „Guardian“ kommentierte: „Die Medien äußern Furcht, dass diese Bilder in der arabischen Welt für Verstimmung sorgen, weil ‚sie muslimische Männer zeigen, die von amerikanischen Frauen gedemütigt werden‘. Wieder einmal sehen wir die plumpe Reduktion der arabischen Welt auf eine Einheit, die nur auf religiöse Sticheleien reagiert. In Wirklichkeit bestätigen diese Fotos den weit verbreiteten Verdacht, dass die USA und Großbritannien nicht aus humanitären Gründen im Irak sind. Sie verstärken den Eindruck, dass der Vorstellung, die die Besatzer von Muslimen, arabischen Menschen und der Dritten Welt insgesamt haben, ein tief sitzender Rassismus zugrunde liegt.“²⁷

23 Vgl. „The Guardian“, 7.4.2004.

24 „Muslim News“, 8/2005.

25 Michael Mumisa, 'The Fatwa, Supplement' and Why It was a Mistake, in: ebd.

26 „The Guardian“, 5.5.2004.

27 Tariq Modood, Muslims and the Politics of Multiculturalism in Britain, in: Eric Herschberg und Kevin W. Moore (Hg.), *Critical Views of September 11. Analyses from Around the World*, New York 2002, S. 193-208, hier S. 193.

Offenbar besteht eine Folge von Krieg in einer Logik der Simplifizierung – einer Tendenz, in „Wir-gegen-die-anderen“-Kategorien, in Dichotomien zu denken. Und dies gilt für beide Seiten – auch für Muslime, die sich ausgegrenzt fühlen.

Früchte des Krieges

Britische Debatten über Multikulturalismus, Integration und Identitäten durchleben zurzeit einen Prozess der Polarisierung. Der Glaube an die Vereinbarkeit verschiedener kultureller Werte, Identitäten und Praxen wurde erschüttert und zumindest zum Teil durch Gedankengebäude ersetzt, deren Extremformen in wechselseitigen Phobien bestehen. Tariq Modood definiert diesen Prozess als eine diskursive Operation, die zunächst Terror mit Islamismus gleichsetzt und anschließend Islamismus mit „dem Islam“. ²⁸ Eine „anschlussfähige“ Gegenbewegung identifiziert den „Krieg gegen den Terror“ mit dem gesamten „Westen“ und diesen wiederum mit einem in rassistischen und „orientalistischen“ Vorstellungen verhafteten Feind der muslimischen Welt.

Dies hat Konsequenzen: Der Mehrheitsdiskurs verlangt inzwischen die vollständige Assimilation der britischen Muslime. Er erklärt sozioökonomische und politische Konflikte, wie die Unruhen in den Städten des Nordens im Jahr 2001, mit kulturellen Differenzen. Er reklamiert universale als spezifisch britische Werte und konstruiert auf diese Weise Hierarchien nationaler Kulturen und Zivilisationen. Dies kann in der Behauptung gipfeln, Krieg sei nichts anderes als der Export einer höheren Zivilisation oder, zynisch gesprochen, eine spezielle Art von Entwicklungshilfe.

Der Gegendiskurs zieht sich tendenziell auf konservative Interpretationen des Islam zurück, will die Bindungen an die britische Gesellschaft lockern und setzt verstärkt auf radikal-islamistisches Gedankengut. In Anspielung auf Samuel P. Huntington bezeichnete Tariq Ali die gegenwärtigen Konfrontationen in der Weltpolitik als „Kampf der Fundamentalismen“. ²⁹ Bewegungen hin zu einem solchen Kampf finden in Ansätzen auch in den britischen Debatten um Muslime und Multikulturalismus statt.

Für die nahe Zukunft sind zwei Szenarien vorstellbar. Im einen Fall könnte die Kritik britischer Muslime an den Kriegen der Gegenwart und der jüngsten Vergangenheit (und ihr Protest dagegen) als legitimer Bestandteil aktiver politischer Integration verstanden werden. Im anderen Fall könnte Kritik und Protest als illegitim bzw. als Ausdruck der Verweigerung der Integration bewertet werden. Nur die erste dieser Alternativen hätte die Chance, die Polarisierung des öffentlichen Diskurses umzudrehen und zu einem „gemäßigten“ Multikulturalismus zurückzukehren. Die Weigerung der gegenwärtigen Labour-Regierung, eine Verbindung zwischen der britischen Kriegsbeteiligung und der Ausbreitung radikal-islamistischen Gedankenguts anzuerkennen, macht dieses Szenario jedoch wenig wahrscheinlich.

²⁸ Tariq Ali, *The Clash of Fundamentalisms. Crusades, Jihads and Modernity*, London 2002. Vgl. auch aktuell Albert Scharenberg, Politik der Provokation, in: „Blätter“ 3/2006, S. 263-266.